

Verbindliche Hinweise zur Bearbeitung des Formblatts

- *Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat die in den grau hinterlegten markierten Bereichen des Formblatts geforderten Angaben und Erklärungen abzugeben. Hierzu sind – soweit vorgesehen – die grauen Felder in der Datei vollständig auszufüllen.*
- *Ist der Bieter eine Bietergemeinschaft ist nur (1) Formblatt von der Bietergemeinschaft auszufüllen. Formblätter von einzelnen Mitgliedern werden nicht angenommen.*
- *Die geforderten Anlagen sind dem Formblatt beizufügen.*
- *Das ausgefüllte Formularblatt ist mit den Anhängen und zusammen mit den übrigen Angebotsbestandteilen über das E-Vergabe-Portal zu übermitteln.*

1. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1-3 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen¹ ist, in den vergangenen 5 Jahren rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen in den vergangenen 5 Jahren keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist,² jeweils wegen einer Straftat nach

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

2. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 4 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meiner/unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen bin/sind.

3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 Abs. 1 Nrn. 1-4, 7 und 8 GWB:

Ich/Wir erkläre(n), dass in den vergangenen 3 Jahren

- weder unser/-e Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten unserem/-n Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat/haben,
- unser/-e Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist/sind, über das Vermögen des/der Unternehmen(s) kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und sich das/die Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet/-n oder seine/ihre Tätigkeit eingestellt hat/haben,
- weder unser/-e Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten unserem/unseren Unternehmen zuzurechnen ist, im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität unseres/unserer Unternehmen(s) infrage gestellt wird,
- weder unser/-e Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten unserem/unseren Unternehmen zuzurechnen ist, eine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- unser/-e Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat/haben und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- unser/-e Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat/haben oder nicht in der Lage ist/sind, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln.

4. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c Aufenthaltsgesetz und § 21 des Mindestlohngesetz

Ich/Wir erkläre(n), dass in den vergangenen 3 Jahren

- unser/-e Unternehmen nicht wegen eines Verstoßes nach § 23 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR belegt wurde(n) [vgl. § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz]
- unser/-e Unternehmen oder dessen nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter nicht nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des SGB III mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR rechtskräftig belegt oder nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde (vgl. § 98c Aufenthaltsgesetzes)
- unser/-e Unternehmen nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 des Mindestlohngesetzes mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR belegt wurde(n) (vgl. § 19 Mindestlohngesetzes)

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist eine entsprechende Erklärung von jedem Mitglieder der Bietergemeinschaft erforderlich.

5. Vorlage der Kopie des Bescheids, in dem bescheinigt ist, dass der Bieter als „geeignete Stelle“ im Sinne von § 305 Abs. 1 Nr. 1 der Insolvenzordnung (InsO) anerkannt ist.

Im Falle einer Bietergemeinschaft ist ein entsprechender Nachweis von jedem Mitglieder der Bietergemeinschaft erforderlich.

Als **Anhang 1** zu diesem Formularblatt beigefügt.

6. Vorlage eines Auszuges aus dem Berufs- oder Handelsregister oder bei Bieter von außerhalb Deutschlands aus einem vergleichbaren Register des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist, soweit eine Eintragung nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dem der Bieter niedergelassen ist, vorgesehen ist. Der Auszug hat den aktuellen Stand wiederzugeben und darf zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots nicht älter als 3 Monate sein.

Bei einer Bietergemeinschaften ist ein entsprechender Auszug von jedem Mitglied der Bietergemeinschaften vorzulegen.

Als **Anhang 2** zu diesem Formularblatt beigefügt.

7. Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung des Bewerbers bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder bei einem in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen.

Bei einer Bietergemeinschaft ist ein entsprechender Auszug von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorzulegen

8. Eigenerklärung des Bieters über den Gesamtumsatz und den Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages (Schuldner- und Insolvenzberatung oder einer vergleichbaren sozialen Beratungsleistung), jeweils bezogen auf die letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre, jeweils in EUR netto. Sollte der tätigkeitsbezogene Umsatz nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils ein tätigkeitsbezogener Umsatz anzugeben, der in dem betreffenden Geschäftsjahr mindestens erzielt worden ist. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen.

Bei einer Bietergemeinschaften sind die jeweiligen Gesamtumsätze der Mitglieder pro Geschäftsjahr zu addieren und die Summe ist je Geschäftsjahr unter Gesamtumsatz anzugeben. Entsprechendes gilt für die jeweiligen Umsätze im Tätigkeitsbereich des Auftrages.

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir folgenden Gesamtumsatz und folgenden Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages (Schuldner- und Insolvenzberatung oder vergleichbare sozialen Beratungsleistungen), jeweils der letzten drei (3) abgeschlossenen Geschäftsjahre, jeweils in EUR netto, erzielt habe/haben:		
Geschäftsjahr	Gesamtumsatz	Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages
<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Betrag EUR netto</i>	<i>Betrag EUR netto</i>
<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Betrag EUR netto</i>	<i>Betrag EUR netto</i>
<i>Geschäftsjahr</i>	<i>Betrag EUR netto</i>	<i>Betrag EUR netto</i>

9. Eigenerklärung über mindestens eine (1) Referenz des Bieters/des Mitglieds oder der Mitglieder der Bietergemeinschaft über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in Form einer Liste der in den letzten höchstens drei (3) Jahren erbrachten wesentlichen Dienstleistungen, jeweils mit Angabe

- bei Bietergemeinschaften: des Namens des Unternehmens, das das Referenzprojekt durchgeführt hat,
- der Bezeichnung und Beschreibung der Referenz,
- des Auftragswerts,
- des Erbringungszeitpunkts (Zeitraums der Leistungserbringung),
- des öffentlichen oder privaten Empfängers (Name/ Anschrift des Auftraggebers und Name des Ansprechpartners beim Auftraggeber mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse),

Eine Referenz gilt als geeignet, wenn

- Gegenstand der Referenz Schuldner- und Insolvenzberatungsleistungen oder vergleichbare soziale Beratungsleistungen gewesen sind (im Falle vergleichbarer sozialer Beratungsleistungen ist die Vergleichbarkeit darzulegen)
- und Grundlagen dieser Leistungen für
 - die Schuldnerberatung § 16 a Satz 1 Nr. 2 SGB II und § 11 Absatz 5 SGB XII
 - und für die Insolvenzberatung §§ 304 ff. InsO, Art. 112 ff AGSG, § 104 AVSGgewesen sind;
- das Referenzprojekt mindestens 3 Monate gedauert hat,
- die Referenz aus Sicht des Referenzbeauftragter vertragskonform erbracht wurde.

Die Referenz(en) und alle hierzu geforderten Angaben sind in **Anhang 3 Nr. 1 ff.** diesem Formularblatt beigefügt

- 10.** Eigenerklärung des Bieters zu dem in seinem/seinen Unternehmen bestehenden Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Der Bieter hat zu beschreiben, mit welchen Maßnahmen er die Qualität der von ihm erbrachten Schuldner- und Insolvenzberatungsleistungen kontrolliert und sicherstellt.

Die Eigenerklärung ist in **Anhang 4** diesem Formularblatt beigefügt

- 11.** Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten des Bieters und die Zahl der Führungskräfte des Bieters jeweils in den letzten drei (3) Jahren ersichtlich ist. Bei einer Bietergemeinschaft sind je Jahr die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und die Zahl der Führungskräfte jedes Mitglieds der Bietergemeinschaft zu addieren. Sollte die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und der Führungskräfte nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils eine durchschnittliche Zahl der Beschäftigten und der Führungskräfte anzugeben, die in dem betreffenden Jahr mindestens beschäftigt waren. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen.

Jahr	durchschnittliche Zahl der Beschäftigten	Zahl der Führungskräfte
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>

Der Bieter/die Bietergemeinschaft hat bei der Angabe der Beschäftigten gesondert anzugeben, wie viele dieser Beschäftigten in der Schuldnerberatung und wie viele in der Insolvenzberatung tätig gewesen sind.

Jahr	Zahl der Beschäftigten, die in der Schuldnerberatung tätig gewesen sind	Zahl der Beschäftigten, die in der Insolvenzberatung tätig gewesen sind
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>
<i>Jahr</i>	<i>Zahl</i>	<i>Zahl</i>

Anlagen

- Anhang 1:** Kopie des Bescheids, in dem bescheinigt ist, dass der Bieter als „geeignete Stelle“ im Sinne von § 305 Abs. 1 Nr. 1 der Insolvenzordnung (InsO) anerkannt ist (**bei Bietergemeinschaften: für jedes Mitglied!**)
- Anhang 2:** soweit eine Eintragungspflicht besteht: Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister (**bei Bietergemeinschaften: für jedes Mitglied!**)
- Anlage 3 Nr. 1 (ff.):** Referenzen des Bieters/ des oder der Mitglieder der Bietergemeinschaft
- Anlage 4** Eigenerklärung des Bieters zu dem in seinem Unternehmen bestehenden Maßnahmen zur Qualitätssicherung (**bei Bietergemeinschaften: für jedes Mitglied!**)

Landkreis München

VgV-Verfahren „Schuldner- und Insolvenzberatung für die Bürger des Landkreises München“
Formblatt Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung

Anhang 1:

Kopie des Bescheids, in dem bescheinigt ist, dass der Bieter als „geeignete Stelle“ im Sinne von § 305 Abs. 1 Nr. 1 der Insolvenzordnung (InsO) anerkannt ist (**bei Bietergemeinschaften: für jedes Mitglied!**)

Gesondert beizufügen!

Anhang 2:

soweit eine Eintragungspflicht besteht: Auszug aus dem Berufs-
oder Handelsregister (**bei Bietergemeinschaften: für jedes
Mitglied!**)

**Anhang 3: – Referenz(en) des Bieters/ eines oder der Mitglieder der Bietergemeinschaft
(für jedes Referenzprojekt ausfüllen und daher entsprechend zu duplizieren)**

<i>Spalte 1</i>	<i>Spalte 2</i>
	Referenzprojekt Nr. Nr
<i>bei Bietergemeinschaften:</i> des Namens des Unternehmens, das das Referenzprojekt durchgeführt hat	<i>Name</i>
Bezeichnung der Referenz	<i>Bezeichnung</i>
Beschreibung der Referenz	<i>Beschreibung</i>
Auftragswert	<i>Auftragswert</i>
Zeitraum der Leistungserbringung:	Beginn: <i>Monat / Jahr</i> Fertigstellung: <i>Monat / Jahr</i>
Name/ Anschrift des Referenzbeauftragten	<i>Name des Auftraggebers</i> <i>Straße, Hausnummer</i> <i>PLZ, Ort</i> <i>Land</i>
Name des Ansprechpartners beim Referenzbeauftragten mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse:	<i>Name des Ansprechpartners</i> <i>Telefonnummer</i> <i>E-Mail Adresse</i>
Gegenstand der Referenz waren Schuldner- und Insolvenzberatungsleistungen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<i>Diese Zeile muss nur ausgefüllt werden, wenn in der Zeile zuvor „nein“ angegeben wurde:</i> Gegenstand der Referenz waren keine Schuldner- und Insolvenzberatungsleistungen aber vergleichbare soziale Beratungsleistungen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls „ja“ angekreuzt: Beschreibung der Vergleichbarkeit der erbrachten Beratungsleistungen
Grundlage der Schuldnerberatungsleistungen war § 16 a Satz 1 Nr. 2 SGB II und § 11 Absatz 5 SGB XII und Grundlage der Insolvenzberatungsleistung war	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

§§ 304 ff. InsO, Art. 112 ff AGSG, § 104 AVSG	
Die Referenz wurde aus Sicht des Referenzauftrag- gebers vertragskonform er- bracht:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Landkreis München

VgV-Verfahren „Schuldner- und Insolvenzberatung für die Bürger des Landkreises München“

Formblatt Nichtvorliegen von Ausschlussgründen/Eignung

Anlage 4

Eigenerklärung des Bieters zu dem in seinem Unternehmen bestehenden Maßnahmen zur Qualitätssicherung (**bei Bietergemeinschaften: für jedes Mitglied!**)

Gesondert beizufügen!